

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
Abnahme 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mark, halbjährlich 42.00 Mark,
jährlich 82.50 Mark, alle telegraphisch
aufzugeben. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich, Zeitungsverzeichnis unter
Code-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Rücksende nur mit der
Zustellungsgebühr. Halle, Montag, den 7. März 1921.
Nr. 110. der Zeitungs-Abtg. Nr. 1103
u. 1133. der Bezugs-Abtg. Nr. 1133

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Sün'und'ünstägiger Ausgabe.

Nr. 110.

Halle, Montag, den 7. März 1921.

Einzelpreis 30 Pfa.

Anzeigenpreise:

Die 6 Spalten 34 mm breite Mi-
liimeterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Sonnentage 40 Pf., Resttage
20 Pf. Die 2 Spalten 34 mm breite
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Feiertagen 1 mal.
Geschäftsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 1a, Dr. Drauboussier 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Wiesstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4504.

Vor einer Verständigung in London?

Der Reichstag über London.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die Mitwirkung des Parlaments an großen internationalen Verhandlungen ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es ist eben das Wesen des Parlamentarismus, daß Regierungshandlungen durch die Vertrauensmänner des Kabinetts ausgeführt werden. Durch Drogenhandeln kann das Parlament oft mehr hindern, als helfen. Die e Gelehrte fand in der Sonnenablenkung, nur in kleinem Maße. Gewiß wird die englische Regierung die Erfüllung des Versprechens rechtzeitig erhalten, aber die englische Öffentlichkeit wird von der ganzen Reichstagsdebatte nur nach den entscheidenden Erklärungen Dr. Simons am Montag in London Kenntnis bekommen. Aber Sonntag weiß das maßgebende London in Wien, Sonntags erscheinen keine englischen Zeitungen, und wenn der deutsche Reichstag das Bedürfnis empfindet, sozusagen auf Lord George zu antworten, so hätte er es eben einen Tag früher tun müssen.

Der Wert der Sonnenablenkung des Reichstages lag unbestritten in zwei Erklärungen. Der Reichsanwalt Freydenböck konnte feststellen, daß der Außenminister die vom Reichstage gebilligten Richtlinien, sowie den Auftrag vom Kabinett mitbekommen hat, seine Unterfertigung unter keinerlei Verpflichtungen zu legen, die das deutsche Volk nicht tragen kann. Inwieweit erklärte Herr Freydenböck, daß sich an die im Auftrag nichts geändert hat, und er nicht geändert werden wird. Damit lehnt die deutsche Reichsregierung erneut unzuwe有endigt und klar die Pariser Beschlüsse ab. Der Kanzler hat dann wiederholt die Überzeugung des Kabinetts Ausdruck gegeben, daß der Außenminister „alle Unterhandlungsmöglichkeiten innerhalb der gegebenen Grenzen auszunutzen wird.“ Der Kanzler verleierte fernerhin, daß das deutsche Volk die Unterfertigung unter Bedingungen einsehen wird, ebenso wie es fast hinter seinen Beamteten steht, wenn sie sich weigern, ein unmögliches Schriftstück zu unterschreiben. Neben dieser Regierungserklärung handelte die zusammenfassende Feststellung des demokratischen Parteivorsitzers Schiffer, daß die Parteien des Reichstages unveränderbar darin vereinbarten, daß die Pariser Forderungen unerwünscht sind. Neben auch der innere Reichsanwalt Herr die Sonnenablenkung sprach trübe, so darf doch kein Zweifel darüber aufkommen, daß die freiwillig entstandene Einheitsfront aller Parteien gegen die Pariser Beschlüsse vollkommen unerwünscht ist. Indem der Abg. Schiffer die Feststellung unter Zustimmung des ganzen Hauses machen konnte, wurde der Sitzung ein positiver Inhalt gegeben.

Der unabhängige Sprecher Dr. Breilweid griff die Methode des Außenministers in London scharf an, und er rügte auch, daß die deutschen Gegenüberfrage erst in letzter Stunde im Einheitsabkommen fertiggestellt worden sind. Er wendete auch, daß der Außenminister vor, daß die er auf die Möglichkeit seiner Verhandlungsgegenüber und der hinter ihnen liegenden Wähler nicht gebührend Rücksicht genommen habe. Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß eine solche Kritik in diesem Stadium nichts zu nützen vermag. Mit Recht hat der Abg. Schiffer hervor, daß unsere Stellung von der Stellung unseres Unterhändlers abhängt. Unsere Stellung wird mit der des Unterhändlers geschwächt.

Die Vertreter der beiden Rechtsparteien, Herr Hergt und Herr Dr. Stresemann wandten sich insbesondere gegen Lloyd Georges Ausführungen über die Schuldfrage. Was sie ausführen war zum guten Teil richtig, aber es war unrichtig, daß ausgerechnet die Vorkämpfer der jährlichen Kriegskosten hierzu das Wort nahmen. Leider hat man bei uns noch immer nicht begriffen, daß solches Behaupten gerade gegenüber dem Teile des neutralen und neutralen Auslandes, der uns möglicherweise ist, vollkommen verfehlt ist. Gewiß, Herr Stresemann hat vollkommen recht, daß unsere Freunde ohne Rücksicht auf die veränderte Staatsform einen unerwünschten Frieden billigt haben. Aber die Dinge liegen doch so, daß die Räte, die in der Welt für eine Revision wirksam sind, sich in einem Weltanbahnungsgegenstände nicht nur zu ihren eigenen Gewaltplänen, sondern noch mehr zu den deutschen Kriegspolitikern begeben. Jede Rede der Hergt, Helfferich, Stresemann und Genossen nicht dem Gedanken der Revision, das das Mindeste, sondern sie bringt höchstens die Revisionisten in der weiten Welt in Verlegenheit. Herr Hergt und Herr Stresemann konnten mitteilen, daß das bedrohte Gebiet dringend erlucht, gegenüber den Pariser Beschlüssen festzuhalten. Es war von dem obersten Werte, daß der demokratische Redner Schiffer Mitteilung von gleichgerichteten Kundgebungen machen konnte, die insbesondere aus den Kreisen der Arbeiterschaft der drei besetzten Städte kamen.

Während das Zentrum sich auf eine kurze, den Ausführungen des Kanzlers zukommende Erklärung beschränkte, hielt der mehrheitspolitische Redner, der frühere Reichsanwalt Hermann Wüller eine umfangreiche Rede, die sich in der Außenpolitik zwar eng an die Verhandlungen des Kanzlers anlehnte, aber innerpolitisch in eine teilweise sehr scharfe Kritik der andern Parteien, insbesondere der Rechtsparteien eintrat. Etwas sehr übereilt lehnte er gleich Herrn Freydenböck den Eintritt in eine Einheitsregierung ab. Es wäre gut, wenn die Sozialisten endlich einmal lernen, sich nicht selber fortwährend Steine in den Weg zu werfen. Das Scheitern der heutigen Reichspolitik ist doch letzten Endes auf das beruht, „niemals“ des Herrn Wüller hinsichtlich einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei zurückzuführen. Niemand weiß bis zur Stunde,

was London bringen wird, und darum ist es reichlich unpolitisch, sich schon jetzt einen Veto zu verbauen, den zu gehen offensichtlich schon morgen die vaterländische Pflicht gebieten kann. Herr Wüller vertritt in den deutschen Gegenüberlagen ein einseitiges Angebot, Frankreich beim Wiederaufbau praktisch zu helfen. Gerade er als früherer Reichsanwalt und Außenminister mußte wissen, daß Frankreich bisher allen praktischen Angeboten gegenüber sich ablehnend verhalten hat. Auch er hat in seiner Amtszeit keinen großen detaillierten Hilfsplan aufgestellt. Seine Kritik war darum die Annullierung eigener Verdienste.

Wenn auch gegenwärtig Dunst über Deutschland lagert, so darf man doch dem demokratischen Führer Schiffer recht geben, daß die Orientierung über die Weltwirtschaft kommen wird. Die weltwirtschaftliche Selbstkritik ist es auch, die uns gegenüber der feindlichen Streitmaßnahmen ruhig bleiben läßt. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo unsere Gegner sich selber schädigen, wenn sie uns Schaden zufügen. Diese Tatsache ist es, die uns auch in diesen Stunden das Vertrauen in die Zukunft nicht verlieren läßt.

Zum Schluß noch ein Wort über eine verantwortliche Verankerung des parlamentarischen Systems, die an der innerpolitischen Unklarheit sehr stark die Schuld trägt. Die unwürdigen Szenen, die durch Schuld der beiden extremen Parteien rechts und links den vorsichtigen Abbruch der Freitagsdebatte des Reichstages herbeiführte, wurden dadurch veranlaßt, daß die äußerste Linien verlangte, daß der deutsche Reichstag sofort Stellung zu den Londoner Verhandlungen nehme. Von kommunikativer Seite wurde dabei ausgeführt, daß der Reichstag sich nicht damit begnügen dürfe, wie ein Hund den Abend anzuhallen, nachdem er ausgegangen sei. In ähnlicher Weise behauptete sich der „Vorwärts“ darüber, daß der ausmühtige Ausbruch ausgeführt worden sei, und man den Hauptunterhändlern viel zu weiten Spielraum gelassen habe. Ein Mißtrauen des Reichstages wäre praktisch wohl bei der jetzigen Lage nicht denkbar, aber auch theoretisch kann der Reichstag als Ganzes ein solches Recht nicht ausgesprochen werden. Es ist unbillig, diese gegen die Grundlagen des parlamentarischen Systems handelnden, parlamentarischen System heißt Mehrheitsregierung, nicht Regierung des gesamten Parlaments, also nicht Mitregierung der im Kabinettsministerium vertretenen Parteien. Der Regierung, die das Vertrauen der Mehrheit besitzt, steht die ausübende Gewalt zu. Richtig ist die nicht im Sinne der Mehrheit, so kann sie gekürzt werden. Regierungsgewalt, d. h. ausübende Gewalt, haben nur die Vertrauensmitglieder des Parlaments, die Volkswertung hat sie nicht, sie kontrolliert nur.

Verhandlungen in London.

Wie einem Hauptbericht aus London zu entnehmen ist, hat Sonnabend vormittag bei Lord Curzon eine Unterredung zwischen Dr. Simons und dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten stattgefunden. Am Nachmittag trafen die englischen, französischen und belgischen Sachverständigen mit den deutschen zusammen. Abends begab sich Briand in Vertretung Lloyd Georges, der nach Chequers gefahren war, um das Wodensende bei seiner Familie zu verbringen, zum Grafen Slogra. Die deutsche Abordnung hielt in den ersten Abendstunden eine Sitzung ab. Es heißt in dem Bericht der Agence Havas noch, während man in englischen und belgischen Kreisen optimistischer gestimmt sei, sei man auf französischer Seite mittrübseliger hinsichtlich des Ausgangs der Besprechungen.

Neuer meldet: Lord d'Abernon, Vongeur und Oberst Theunis besuchten gestern Lloyd George in Chequers. Auf Grund der von ihnen überbrachten Nachrichten brief Lloyd George für 7 Uhr abends nach seiner Londoner Wohnung eine Versammlung der verbündeten Vertreter ein. Lloyd George, Bonar Law, d'Abernon, Briand, Vongeur, Jospin, Theunis, Slogra und der japanische Vertreter nahmen daran teil.

Nach der Unterredung Dr. Simons mit Lloyd George und Briand wies Graf Slogra Briand auf die Notwendigkeit einer Verständigung mit den Deutschen hin. Briand erklärte sich bereit, Vorschläge von Modalitäten zum Pariser Abkommen zu prüfen, nicht aber neue Zugeständnisse zu machen.

Die aus London vorliegenden Einzelungen wurden gestern in zwei Komiteesitzungen unter Vorsitz des Reichspräsidenten beraten. Zwischen beiden Sitzungen fand eine Besprechung mit den erreichbaren Sachverständigen statt. Auf Grund der Beratungen sind an Dr. Simons neue Instruktionen für die heute in London stattfindenden Verhandlungen der Konferenz ergangen.

Dr. Simons bleibt fest.

Sunday Times veröffentlicht ein langes Interview von Dr. Simons, das in großen Zügen die deutsche Antwort auf die Rede Lloyd Georges wiedergibt. Dr. Simons erklärte, daß Deutschland durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrages ein für allemal zugebe, daß es den Krieg verloren habe. — Ich habe in Stutt-

gart niemals erklärt, daß Deutschland nicht am Kriege schuld sei, sondern lediglich, daß es nicht allein die Schuld trage. Die Verantwortung ist geteilt und das deutsche Volk wird niemals zugeben, daß es allein die Schuld auf sich nehmen sollte. Die deutschen Arbeiter sind bereit, am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken, aber wir erheben Einspruch gegen die lange Dauer von 42 Jahren, die zwei Generationen treffen würde. Wir sind der Ansicht, daß die letzten Jahreszahlungen zu hohe Summen festsetzen, und wir betonen, daß wir schon 20 Milliarden gezahlt haben. Das deutsche Volk verweigert die Annahme der Pariser Ziffern. Es wird lieber die Zwangsmaßnahmen auf sich nehmen, als die wirtschaftliche Zerstörung, die eine Folge der Pariser Beschlüsse sein würde. Dr. Simons drückte zum Schluß die Hoffnung aus, daß die Alliierten sich die Sache überlegen und die deutschen Unterabteilungen annehmen würden. Wenn Deutschland — sagte er — sich wieder emporarbeitet, werden unsere Zahlungen natürlich auch in die Höhe gehen. Ich werde beantragen, daß eine Kommission unsere Erklärung einer Prüfung unterzieht. Lehnt man ab, so ist der einzige Ausweg, die Anwendung der Zwangsmaßnahmen. Aber Deutschland kann die von der Konferenz festgesetzte Summe nicht bezahlen.

Eine neue Erklärung Dr. Simons.

Reichsminister Dr. Simons hat den Vertretern der Presse der Alliierten folgende Erklärung abgegeben:

Die deutsche Abordnung ist vom Präsidenten der Konferenz aufgefordert worden, neue Vorschläge zu unterbreiten, damit der Alliierten der ihr Angebot von den Forderungen der Verbündeten nicht überbrückt werden kann. Wir sind im Begriff, in ausreichender Weise ein Mittel zu suchen, um diese Frage zu lösen und einen Weg zu finden, der zur Verständigung führen kann. Ich wiederhole, daß wir bereit sind, das Mögliche zu vollbringen, und daß wir dem besten Willen befehle sind, denn das ist die Grundbedingung für jedes Abkommen. Aber Sie werden zugeben, daß unier guter Wille eine Grenze hat die unierer Zahlungsfähigkeit und unserem Gebietsstand. Der Vertrag selbst erkennt das an. Unhinter sind die wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit so, daß die Zusammenarbeit aller Länder nötig ist, wenn sie gelöst werden sollen, und die Engherzigkeitsfrage ist dabei ohne allen Zweifel ein beherrschender Faktor. Wir haben unsere Arbeitskräfte und unsere Produkte als Zahlung auszubieten, aber gerade diese haben sich in vielen Fällen nicht wünschenswerter für die Länder, die ein Recht auf Wiederherstellung haben, weil sie den Schein einer Konfurrenz erwecken. Eine eingehende Prüfung ist also nötig und die Zusammenarbeit der beiden Parteien, die in Frage kommen, ist unerlässlich. Unter diesen Bedingungen sehe ich wirklich nicht ein, warum eine Lösung nicht gefunden werden könnte.

Eine Einigung?

Über die Verhandlungen, die gestern zwischen den verbündeten Vertretern der deutschen Abordnung und dem französischen Vertreter der Pariser Morgenblätter.

Um 2 Uhr früh meldete Sauerwein dem Matin, alle Besprechungen, die im Laufe des gestrigen Sonntags mit den Deutschen geführt wurden, hatten den Zweck gehabt, ein Acquiescent für das Pariser Abkommen zu finden. Die Deutschen hätten zuerst fünf Jahreszahlungen vorgeschlagen mit dem Zugeständnis, daß später die weiteren Jahreszahlungen festgelegt werden könnten. Dies Angebot ist abgelehnt worden. Die Deutschen hätten darauf Vorschläge für eine größere Anzahl von Jahren gemacht, die Verbündeten aber hätten darauf bestanden, daß der Vorschlag sich auf dreißig Jahre erstrecken müsse.

Schließlich hätten die Verbündeten eingewilligt, die fehlenden Jahreszahlungen herabzusetzen, unter der Bedingung, daß im Verhältnis die beweglichen Jahreszahlungen erhöht würden, vielleicht auf 20 bis 30 anstatt 12 Proz. Die feststehenden Jahreszahlungen sollen nicht von Deutschland, sondern von dem Land erhoben werden, das die deutschen Waren bezieht.

Dies Kompromiß soll nach dem „Echo de Paris“ von Lloyd George genehmigt worden sein, der ihn um 10 Uhr abends den Verbündeten vorlegte. Nach langen Verhandlungen soll auch Briand diesen Vorschlag als Measculat für das Pariser Abkommen angenommen haben. Das Kompromiß hat nach dem Deutschen vorgelegt worden und um 2 Uhr morgens habe der Sonderberichterstatter des „Matin“ den Eindruck gewonnen, daß es annehmbar, aber unter der Bedingung, daß Oberstleutnant durch Volksabstimmung bei Deutschland verbleibe.

Nach Meldung des „Echo de Paris“ soll dem Wiederberichterstatter nach Artikel 234 des Friedensvertrages das Recht gegeben werden, von Zeit zu Zeit einen Auslass zu

